

Medienkonferenz 11. September 2018

Steuervorlage 17: Vorwärts in die Vergangenheit

Dominik Gross, Verantwortlicher für Steuerpolitik bei Alliance Sud

Für die entwicklungs- und globalpolitische Beurteilung der Steuervorlage 17 ist ein Fakt äusserst wichtig: Die Schweiz ist keine Trittbrettfahrerin auf dem Zug, der die Unternehmenssteuern seit Jahrzehnten weltweit in den Abgrund zieht. Sie ist vielmehr eine der Lokomotiven.

Entsprechend gross ist die globale Verantwortung des Nationalrats, wenn er morgen Mittwoch über eine Vorlage entscheidet, die an der Schweizer Steuerdumping-Strategie für multinationale Konzerne – das zeigt unser Bericht – praktisch nichts ändert.

Neben einer Weiterführung des Kapitaleinlageprinzips, das seit seiner Einführung mit der USRII vor rund zehn Jahren den Fiskus Milliarden gekostet hat, wollen Bundesrat, Ständerat und die Wirtschaftskommission des Nationalrats die alten Steuerprivilegien durch die Patentbox, exorbitante Abzüge für Forschung & Entwicklung, eine (zumindest für den Kanton Zürich) zinsbereinigte Gewinnsteuer und eine massive Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer ersetzen, von heute 17% auf neu 21,2%.

Das Argument einiger BefürworterInnen der SV17, die wichtigen Weichenstellungen in der Steuerpolitik würden nicht beim Bund, sondern in den Kantonen und bei der OECD gestellt, ist somit aus zwei Gründen unzulässig: Es macht erstens keinen Sinn, der Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer zuzustimmen und gleichzeitig die kantonalen Umsetzungsvorlagen der SV17 – vor allem die mit wenigen Ausnahmen massiven Senkungen der regulären kantonalen Gewinnsteuersätze – bekämpfen zu wollen. Die Erhöhung des Kantonsanteils ist nämlich eine verkappte Subvention, die die Kantone erst richtig zu einer Senkung ihrer Steuersätze motiviert. Die neuen OECD-Regeln gegen Steuervermeidung und das «Race to the bottom» sind zu schwach, um Gewinnverschiebungen multinationaler Konzerne zu unterbinden. Zweitens zeigt unser Bericht: Alte Regime wie die Swiss Finance Branch werden durch neue wie die zinsbereinigte Gewinnsteuer ersetzt, die exakt dieselben Abzugsmöglichkeiten erhalten und somit massives Steuerdumping immer noch zulassen. Umgekehrt werden zentrale Schlupflöcher wie jenes beim Beteiligungsabzug in der Dividendenbesteuerung durch die SV17 nicht gestopft. Die in der SV17 vorgesehenen «Instrumente» führen dazu, dass in jenen Ländern, aus denen Gewinne in die Schweiz verschoben werden, das Geld für den Bau von Schulen, Spitälern oder Transportinfrastruktur weiterhin fehlen wird. Die Ärmsten der Welt werden unter den von der Schweiz ermöglichten Steuerausfällen zu leiden haben.

Zudem: Wenn sich die Tiefsteuerländer für Konzerne wie die Schweiz, die Niederlande, Luxemburg, Irland oder auch die USA «die heisse Kartoffel» unendlich gegenseitig zuwerfen, wird die Welt irgendwann gar keine Unternehmenssteuern mehr kennen. Was die Schweiz tut, hat also einen grossen Einfluss auf die Frage, ob und in welchem Tempo sich die globale Abwärtsspirale bei den Unternehmenssteuern weiter drehen wird. Ein *Race to the bottom* aber, das tatsächlich auf Grund laufen würde, weil keiner der Haupttreiber von sich aus aussteigt, hätte katastrophale Auswirkungen. Nicht zuletzt auch auf die Demokratie: Wo nicht mehr von den AktionärInnen der Konzerne zu den Lohnabhängigen umverteilt wird und wo demokratische Entscheidungsprozesse nicht auch immer die Frage miteinschliessen, wie man das gesellschaftlich verfügbare Kapital (also

Steuereinnahmen) zu Gunsten des Allgemeinwohls einsetzen will, wird die Demokratie manipulierbar oder gar bedeutungslos. Auch deswegen trägt der Nationalrat morgen früh eine immense globale politische Verantwortung.

Wie der kalifornische Ökonom Gabriel Zucman gezeigt hat, ist das übliche Bild, wie der globale Steuerwettbewerb um die Konzerne stattfindet, falsch. Die allgemeine Annahme, Konzerne würden ihre Produktionsstätten mit ihren MitarbeiterInnen, ihrer Infrastruktur und ihren Immobilien dorthin verlegen, wo sie am wenigsten Steuern zahlen, führt in die Irre. Konzerne verschieben nicht gebundenes Kapital, sondern ungebundenes, das heisst Buchhaltungsgewinne. Der Steuerwettbewerb findet also tatsächlich nicht auf den regulären Steuersätzen statt, sondern bei den Instrumenten, die die Länder und Hoheitsgebiete den Konzernen machen, um ihre Gewinne zu verschieben und ihren steuerbaren Gewinn mit Hilfe dieser Instrumente annähernd gegen null sinken zu lassen. Tiefsteuergebiete, die besonders viel Kapital aus dem Ausland anziehen, weisen vor allem bei den Tochterfirmen ausländischer Konzerne eine sehr grosse Differenz zwischen den dort verbuchten Gewinnen und der Lohnsumme ihrer Mitarbeitenden auf, die effektiv in diesen Tochterfirmen arbeiten. In der Schweiz liegt diese Quote bei 300%.

Das Argument der BefürworterInnen der SV17, die regulären Steuersenkungen in den Kantonen seien zwingend, um mit der Abschaffung der alten Sondersteuerregime eine Abwanderung der bisher privilegierten Firmen zu verhindern, ist deshalb – folgt man Zucmans Argumentation – nicht stichhaltig. Abwandern werden nicht die wertschöpfenden Fabriken und Büros mit ihren vielen MitarbeiterInnen, sondern nur die mobilen Einheiten multinationaler Konzerne, die mit sehr wenig Mitarbeitenden Kapital verwalten und Dienstleistungsaufgaben innerhalb der Konzerne erfüllen, die vor allem der Gewinnverschiebung und Steuervermeidung gelten. Die Schweiz garantiert also mit der Weiterführung ihrer Tiefsteuerstrategie nicht hiesige Arbeitsplätze und Steuereinnahmen aus Schweizer Wertschöpfung juristischer Personen, sondern stiehlt anderen Ländern weiterhin ihr Steuersubstrat und lässt das hierzulande exorbitant tief besteuern. Die Schweizer Konzernsteuer-oase entzieht aber nicht nur anderen Ländern potentiell Steuersubstrat aus Konzerngewinnen, die Menschen anderswo auf der Welt erarbeitet haben. Sie treibt gleichzeitig auch die Haushalte der Kantone in den Ruin, die sich mit der Steuervorlage 17 weiterhin mit möglichst günstigen Firmensteuern unterbieten werden. Lange geht das nicht mehr gut: Denn wenn alle anderen immer billiger werden, muss auch das Tiefsteuergebiet noch billiger werden und irgendwann ist diese Differenz zum Ausland nur noch mit massiven Opfern bei den eigenen gesellschaftlichen Kosten finanzierbar.

Weitere Informationen:

Dominik Gross, Alliance Sud, Tel. 078 838 40 79, Mail: dominik.gross@alliancesud.ch